

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstr. 34, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Abraham Lincoln.

Der unselbige Streit, der in unserem eigenen Lande geführt wird, beschäftigt all unser Sinnen und Trachten so ganz und gar, daß wir kaum Zeit und Ruhe haben, um nach anderen Völkern, und zwar über das Weltmeer weg, nach dem fernen Amerika und umzuschauen. Und doch sind gerade in Amerika so große und gewaltige Dinge geschehen, wie wir sie in Europa seit den Tagen unseres großen Freiheitskrieges gegen den französischen Unterdrücker nicht e- lebt haben. Es sind zugleich Dinge, die uns sehr nahe angehen, wie viel Meilen auch Amerika von uns entfernt liegt. Wir haben nicht nöthig, daß wir weiter auseinander zu sehen; jeder von uns hat es an sich selbst gemerkt, als er laut aufjubelte über den endlichen Sieg der freien Männer des Nordens, und als er dann, nur wenige Tage später, bei der erschreckenden Kunde von dem entsetzlichen Verbrechen, das an Abraham Lincoln verübt ist, einen Schmerz empfand, als wenn ein lieber Freund und Nachbar von der Kugel des Mörders getroffen worden wäre.

Wir können den so schändlich D. hingepferten nicht besser ehren, als wenn wir vor Allem der Sache des Volkes gedenken, für die er gelebt, getritten und mitten im Siege den traurigen Tod erlitten hat.

Schon viele Jahre vor dem eigentlichen Bürgerkriege hatte es in dem großen Gebiete der Vereinigten Staaten von Nordamerika einen gar harten inneren Streit gegeben. Er wurde geführt zwischen den selbstbewußten Männern in den wirklich freien Staaten des Nordens, in denen es keine Sklaven gab, und zwischen den sogenannten südlichen Junkern, so wie den Freunden und Anhängern derselben. Diese „Junker“ sind die großen Plantagenbesitzer, die durch ihre Sklaven Tabak, Reis, und vor Allem Baumwolle pflanzen ließen, und von dem reichen Ertrage der Sklavenarbeit ein mühseliges und über alle Maßen schw. lgerisches Leben führten. Aber, daß es zu diesem Streite kommen mußte, daran waren die groß. Mehrzahl der freien Bürger des Nordens selbst schuld. Denn sie führten im Genuße ihrer persönlichen Freiheit, die kein Gesetz, keine

Polizei ihnen beschränkte, sich so vollständig sicher, daß die Meisten von ihnen sich um nichts Anderes bekümmerten, als um ihr eigenes Haus, ihre eigene Wirtschaft und ihr eigenes Gewerbe. An den Gemeindevahlen und den Staatswahlen theilnehmten sie vorzugsweise nur die, welche von den öffentlichen Dingen am wenigsten verstanden. So kam es denn, daß die Volksvertretungen zum größeren Theile aus Anhängern der südlichen „Junker“ bestanden, und daß die wichtigsten Aemter und eine ganze Reihe von Jahren hindurch selbst das Amt des Staatsoberhauptes, des Präsidenten, wie es in Amerika heißt, in die Hände von Junkern oder Junkerengenossen kam. Auch die Generals- und Offiziersstellen in der Armee und auf der Flotte wurden fast ausschließlich mit Verwandten, Freunden und Anhängern des südlichen Junkertums besetzt. Die Folge von allem dem war natürlich die, daß das Beamtenthum immer verdorbenener wurde, und daß in der Verwaltung und zuletzt auch in der Gesetzgebung kaum noch etwas Anderes berüchsichtigt wurde, als der Wille und der Vortheil der Sklavenhalter. Aus jedem freien Gebiete suchten sie die Ansiedler des Nordens mit List oder Gewalt zu verdrängen und die Bürger der freien Staaten sollten sogar durch ein Gesetz gezwungen werden, gegen Sklaven, die sich der Barbarei ihrer Herren entzogen hatten, Häfherdienste zu leisten. Noch schlimmer als dieses schlimmste war es, daß es der südstaatlichen Junkerpartei zuletzt sogar gelang, den höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten mit Männern zu besetzen, welche ihr Richteramt mißbrauchten, um in allen Fällen zum Nachtheil der Freiheit und zu Gunsten der Sklaverei zu entscheiden.

Da endlich erkannten die verständigen und frei gesinnten Männer des Nordens, wie übel sie daran gehen hatten, die öffentlichen Angelegenheiten den vornehmen Herren des Südens und ihrem urtheilslosen oder bestochenen Anhang zu überlassen. Sie bildeten nun eine neue Partei, die sich die republikanische nannte, und die es sich zum Ziele setzte, die Herrschaft der Verfassung und dem Gesetze, und damit ihr Recht und ihre Freiheit gegen das übermüthige Junkerthum des Südens

zu schützen. Es war in der That die höchste Zeit. Erst nach jahrelangen Anstrengungen gelang es ihnen, die wohlgesinnten Bürger zu allgemeiner und furchtloser Theilnahme an den Wahlen zu bewegen. So wurde endlich im November des Jahres 1860 einmal wieder ein Mann des Nordens, Abraham Lincoln, als Staats-Oberhaupt erwählt und am 4. März 1861 bestieg er den Präsidentenstuhl in Washington.

Abraham Lincoln, damals 52 Jahre alt, war ein echter Sohn des Volkes, ein selbstgemachter Mann, wie die Engländer und die Amerikaner sagen. Er hatte eine harte Jugend durchlebt. Die Armuth seiner Eltern und die Entlegenheit ihres Wohnsitzes hatten es nicht möglich gemacht, ihn länger als ein einziges Jahr in die Schule zu schicken. Bis in sein dreißigjährigstes Jahr mußte er hinter dem Pfluge und mit der Art des Hinterwäldlers sein Brot verdienen. Doch nach der sauren Tagelohnarbeit sah er die Nächte hindurch über seinen Büchern, um aus ihnen zu lernen, was die Schule ihm nicht gelehrt hatte; und was in Büchern nicht geschrieben steht, das lernte er aus dem lebendigen Verkehr mit andern Menschen und in treuem Krieges- und Friedensdienste seines Staates. So trat er, durch Kenntnisse und Erfahrungen wohl vorbereitet, in den Stand der Rechtsgelehrten ein, und in einem viel bewegten Leben erwarb er durch seine Thätigkeit, seinen ehelichen Sinn, durch die unbeständige Festigkeit und Ruhe seines Charakters, seine hohe Beiseidenheit, durch die menschenfreundliche Milde seines Herzens und seine jede Prüfung bestehende Vaterlandsliebe so sehr die Zuneigung und Achtung seiner Mitbürger, daß sie ihn ohne irgend ein ehrsüchtiges Streben von seiner Seite von Stufe zu Stufe bis zu dem höchsten Amte des Staates emporboben.

Dies Amt aber war gerade damals ein unendlich schwieriges. Denn sobald die Wahl Lincoln's geschehen war, so erkannte die südliche Zunftpartei, daß nicht mehr so herrschen würde, sondern statt ihrer die Verfassung und das Gesetz. Eben so begriffen sie, daß unter einer verfassungsmäßigen Regierung notwendig auch die Menschenwürde aller Menschen zur Anerkennung kommen und die Sklaverei von Rechts wegen zu Grunde gehen müsse. Darum hatten sie sofort eine große Verschwörung gebildet. Der verrätherische Präsident Buchanan und seine eben so verrätherischen Minister hatten die ganze Flotte, das ganze Heer, alle Kriegsvorstände und alle Staatsgelder in das Gebiet der Südstaaten gebracht. Dann that die südstaatliche Zunftpartei nach dem Amtsantritte Lincoln's den längst vorbereiteten Schritt. Sie pflanzte die Fahne der Empörung auf und vereinigte fast sämtliche Sklavenstaaten zu einem neuen Bundesstaate, der sogenannten Konföderation des Südens.

Diese Konföderation hatte, wie gesagt, alle Kriegsmacht in Händen. Ihr stand Lincoln gegenüber an der Spitze der bundesgetreuen Staaten. Diese Staaten waren an sich die bei weitem reicheren und wohlbevölkerten; doch sie waren für den Augenblick ohne Heer,

fast ohne Flotte, ohne Waffen, und ihr Staatsschatz war leer wie der Säckel einer armen Wittwe.

Aber gerade jetzt zeigte sich, was ein recht- und freisinniges Volk vermag. Die der Union treu gebliebenen Staaten zählten etwa 24 Millionen Einwohner, also kaum 5 Millionen mehr als der Preussische Staat. Dies Volk der Union hat einen vierjährigen blutigen Kampf bestanden, der blutiger und gewaltiger gewesen ist, als in Europa selbst die Napoleonischen Kriege es waren. In diesem Kampfe haben die Bürger der Union bis zu dem gegenwärtigen Siege wohl eine Million Streiter in's Feld gestellt und durch Abgaben und Anleihen, meist aus ihrer eigenen Tasche, an 4000 Millionen Thaler aufgebracht, das heißt noch ein ganzes Stück mehr, als die ordentlichen Regierungsausgaben des Preussischen Staates, selbst nach dem gegenwärtigen Etat, in vierzig Jahren betragen würden; und trotz alledem ist die Union noch heute ein reicheres Land, als irgend eines auf dem europäischen Festlande. Solche Opfer aber vermag auch bei der glühendsten Vaterlandsliebe ein Volk nur dann zu bringen, wenn die Mittel an Menschenkraft und Geld, deren es zum Kriege bedarf, nicht schon vorher im Frieden erschöpft worden sind. Nordamerika verdankt die uns fast ungläublich scheinende Kraft, die es in diesem Kriege entwickelt hat, seinem durch und durch freien Staatswesen. Es verdankt sie dem Umstände, daß Niemand durch bevormundende Gesetze und bevormundende Beamte in seiner freien Thätigkeit und seinem freien Gewerbe beschränkt ist, daß der Staat immer nur die Abgaben und die Dienste fordert, die er wirklich in jedem Augenblicke gebraucht. Es verdankt sie ferner seiner durch und durch volkshüthlichen Regierung; es verdankt sie seiner eigenen Weisheit, die ihm gebot, in Abraham Lincoln einen Mann an seine Spitze zu stellen, der nicht der Herr, sondern der Diener seines Volkes zu sein beehrte, einen Mann, der die vollkommene und ganz unerläßliche Eintracht zwischen Regierung und Volk dadurch zu erhalten wußte, daß er sich nicht weiser dünkte; als die Männer, welche von den Bürgern des Landes, gleich ihm, als ihre rechtmäßigen Vertreter erwählt sind, und der daher nicht meinte, daß das Volk die Wege gehen müsse, die er ihnen zeigte, sondern daß er selbst die Wege zu betreten habe, die von dem Volke durch den Mund seiner besten Männer und seiner verfassungsmäßigen Vertreter als die besten und gerechtesten bezeichnet worden sind. Mit Recht sagte der jetzige Nachfolger Lincoln's am 3. April, als er den Bürgern von Washington den entscheidenden Sieg von Richmond und Petersburg verkündigte: „Die Stärke unserer Regierung bestand nicht in der Alleinherrlichkeit eines Mannes; auch beruhte sie nicht auf der Weisheit eines Einzelnen, der die absolute Macht in seinen Händen hielt. Nein, Gott sei Dank, diese Regierung hat ihre Stärke aus dem Volke America's geschöpft. Das Volk hat die Gifte erlassen, das Volk hat jene Macht ausgeübt, welche zur Niederwerfung der Rebellion gedient hat.“ Dann fügte er noch hinzu: „Auf der ganzen Erdoberfläche giebt es keine zweite Regierung, die einem solchen Stöße widerstanden hätte. Ja, wir

fönnen uns jetzt Glück wünschen, daß wir die stärkste, die freieste und beste Regierung besitzen, welche die Welt jemals gesehen.“ Nun, der bescheidene Lincoln selbst hätte diese lehteren Worte nicht gesagt. Wir Deutsche aber mögen ihn deshalb nicht zürnen; um so weniger, als auch in uns die Kraft lebt, Thaten zu thun, wie die Amerikaner sie gethan haben, wenn wir uns dieser Kraft nur auf die rechte Weise bewußt sind, und auf die rechte Weise danach streben, sie in ihrer ganzen Fülle zu entwickeln.

Lincoln ist kein großer Mann gewesen, wie Alexander und Julius Cäsar und Napoleon, auch nicht, was ein sehr viel besseres Lob wäre, als sein größter Landsmann, Washington, und als unser größter König, den wir am liebsten den alten Fritz nennen. Lincoln's höchste Ehre ist vielmehr, daß er nicht über sondern mitten in seinem Volke stand, und es auf diese Weise zu dem schönsten und edelsten Siege geführt habe, zum Siege der Menschlichkeit über die Barbarei der hochmüthigsten und grausamsten Selbstsucht. Wir hoffen zu Gott, daß auch die reine menschliche Milde dieses guten und großen Mannes nicht bloß seinem persönlichen Charakter angehört hat, sondern daß auch sein Volk sie bewahren werde, wie immer auch die Gesinnung des neuen Präsidenten beschaffen sein mag.

Politische Wochenschau.

Preußen. Die Aufmerksamkeit wird jetzt vorzüglich von den Debatten über die Militärfrage im Abgeordnetenhause in Anspruch genommen. Der Kriegminister hat in einer vierstündigen Rede auf's Neue alle Gründe entwickelt, mit welchen die Regierung und ihre Organe seit einer Reihe von Jahren die Militärorganisationen verteidigen, ohne durch neue Thatfachen die Ansichten der Mehrheit der Volksvertretung und, wie wir hoffen, des Volkes, zu erschüttern. Von den Rednern der liberalen Partei hat ganz besonders Dr. Johann Jacoby klar und einschneidend den Standpunkt auseinandergesetzt, welchen man in dieser Frage einnehmen mußte. Er hat auf die hohe politische Bedeutung der Militärfrage hingewiesen, und die Erhaltung der Antwort in ihrer wahren und ursprünglichen Gestalt und Bedeutung als einen Schirm und Schutz der Freiheit bezeichnet.

Der Abgeordnete von Bonin hat Namens der altliberalen Partei ein Amendement zu der Militärvorlage der Regierung eingebracht, welchem, wie es nenerdings heißt, die Regierung bestimmen will, falls dasselbe Aussicht auf eine Mehrheit im Hause habe. Das Amendement hält an der im Gesetze vom September 1814 festgesetzten Dienstzeit von zusammen fünf Jahren für aktiven Dienst und Reserve fest und stützt den Friedensstand der Armee, ausschließlich der einjährigen Freiwilligen und der Kapitalanten, welche nicht ein Auntritt der Mannschaft übersteigen sollen, auf 160,000 fest. Daraus ergibt sich, daß die Armee im Frieden auf über 200,000 Mann erhalten werden kann, also fast so groß bleibt, wie die Regierung es jetzt wünscht. Der einzig wichtige Moment des Amendements liegt in der Beibehaltung der Dienstzeit von fünf Jahr für das stehende Geer, indem die Regierung dadurch gezwungen wird, wenn sie die Bataillone bei Einziehung der Reservisten stets genügend groß halten will, die jetzige Anzahl derselben zu vermindern, und die Dienstzeit auf zwei und ein halb, resp. zwei Jahre abzukürzen. Ob sich aber nicht noch ein anderer Modus finden wird, durch welchen selbst bei An-

nahme dieses Amendements der Regierung die Beibehaltung der dreißigjährigen Dienstzeit möglich wird, wird abzuwarten sein.

Sachsenwald-Holstein. Die Einberufung der Stände nach dem Wahlergebnis von 1848 oder nach einem ähnlichen freisinnigen Gesetze, welche man nach den Kritiken des offiziellen Organs der Berliner Regierung erwarten zu können glaubte, scheint wieder aufgegeben zu sein; wahrscheinlich wird man eine Art Vertretung der einzelnen Gemeinden zur Berathung der Zukunft unseres Landes einberufen. Oesterreich beharrt fest in seinem Widerstande gegen die Festschließung Preußens in Kiel; man verlangt in Wien, daß erst die künftige Gestaltung der Herzogthümer und die Erbschaftsfrage definitiv geordnet sei, ehe man sich zu irgend einem Zugeständnisse der Art entschließen will.

Mecklenburg. Eine amtliche Statistik dieses Landes ergibt, daß von 100 eingekleideten Rekruten nur 15 die nöthige Schulbildung genossen haben.

Raßau. Die ultramontane Partei hält sich noch immer von den Beratungen der zweiten Kammer fern und verbindet so jede Thätigkeit derselben. Daß diese Partei durch ein solches Benehmen keine Anhänger im Lande gewinnt, liegt auf der Hand.

Frankreich. Der Kaiser Napoleon ist nach Algerien gereist. Wie es heißt, sollte bei der Durchreise durch Lyon dort ein Attentat auf ihn verjucht werden, doch explodirten die dazu bestimmten Oersätsliche Bomben schon vor dem festgesetzten Zeitpunkt und sprengten das Haus, in dem sie aufbewahrt wurden, in die Luft.

Italien. Die königliche Regierung steht jetzt mit dem Papst in Unterhandlung; angeblich handelt es sich um kirchliche Angelegenheiten, doch glaubt man, da der ehemalige Finanzminister des Königreichs die Unterhandlungen leitet, daß es sich um Ausführung des Theils der September-Konvention handelt, welcher von Uebernahme eines Theiles der päpstlichen Schuld spricht.

England. Das vorgelegte Budget weist einen Ueberfluß der Einnahmen von circa 4,000,000 Pfund Sterling nach; die Regierung schlägt daher vor, einige Steuern zu ermäßigen.

Amerika. In Washington hat der Vice-Präsident Johnson nach der Ermordung Lincoln's die Regierung übernommen, und in einer Ansprache erklärt, genau auf dem Wege fortzuarbeiten, den sein Vorgänger betreten. So werden die Sklavenstaaten auch durch diesen Mordmord ihr Schicksal nicht mehr ändern. Der Staatssekretär Seward, auf welchen gleichfalls ein Mordversuch gemacht wurde, ist seinen Wunden nicht erlegen, sondern befindet sich auf dem Wege zur Besserung.

Die Provinzial-Korrespondenz.

schreibt in ihrer Nr. 17: „Das Abgeordnetenhause ist jetzt vorzugsweise mit der Berathung des Staatshaushalts beschäftigt und hat über einige Theile desselben bereits Beschluß gefaßt. Doch läßt sich schon jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit übersehen, daß diese Beratungen völlig unfruchtbar und vergeblich sein werden. Der Geist der Verneinung und des Widerstands gegen alle Absichten der Regierung macht sich durch die Minorität der Fortschrittspartei im Hause mehr und mehr in allen Dingen geltend, und läßt Rückschlüsse der Mäßigkeit nicht aufkommen.“

Der Kurzen schien es, als wolle das Haus wenigstens bei Unternehmungen von ungewissem Nutzen und Bedürfnis für das Land seine Hand zur Mitwirkung darbieten, doch hat auch diese Hoffnung getäuscht.

So eben ist der Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung einer Beihilfe des Staates für die Militär-Insterburger

Eisenbahn, sowie zur Herstellung einer Eisenbahn von Pillau über Königsberg, Bartenstein, Rastenburg und Böden nach Lyck — abgelehnt. Ueber das dringende Bedürfnis im Interesse jener Landtheile, sowie über die Angemessenheit der Beihilfe, war im ganzen Hause nicht der mindeste Zweifel. Als Grund der Ablehnung wurde wiederum die Fortdauer des Budgetstreits angegeben. —

Wer nichts weiter liest als dieses Blatt, könnte leicht zu dem Glauben kommen, das Abgeordnetenhaus habe die Unterstützung der genannten Eisenbahn abgelehnt. In Wirklichkeit verhält sich die Sache aber ganz anders. Das Haus hat vielmehr die geforderten Summen für beide Bahnen einstimmig bewilligt und es nur abgelehnt, diese Bewilligung in einem besonderen Gesetze zu genehmigen, da die Beträge im Staatshaushaltsetat ausgeworfen und deshalb dort genehmigt werden müssten, was auch Seitens der Regierung beauftragt war. Zu einer nochmaligen Bewilligung durch ein besonderes Gesetz schien keine Veranlassung vorhanden zu sein. Der einzige Grund, welchen die Regierung für die von ihr beantragte doppelte Bewilligung vorbrachte, bestand darin, daß sie erklärte: „verfassungsmäßig habe das Herrenhaus über die einzelnen Positionen des Etats nichts mitzureden, es sei aber erwünscht, diesem Hause auch Gelegenheit zu geben, sich über den Antrag der Regierung auszusprechen.“

Dem Abgeordnetenhaus genügte wohl hauptsächlich dieser Grund, um gegen das Gesetz zu stimmen. Das Herrenhaus hat verfassungsmäßig kein Recht, sich in die Einzelheiten des Etats einzumischen, es kann denselben nur im Ganzen annehmen oder ablehnen. Wird nun diese Bestimmung dadurch umgangen, daß man über Bewilligungen im Etat besondere Gesetze macht, so wird die Befugniß des Herrenhauses offenbar über das ihm von der Verfassung bewilligte Maß ausgedehnt. Zu einer solchen Ausdehnung und Erweiterung der Macht des Herrenhauses keine Zustimmung zu geben, dazu hat doch gemiß das Abgeordnetenhaus nicht die geringste Veranlassung.

Ereignisse.

Der Abg. Dr. Kalau v. d. Hofe macht in Bezug auf die Beurtheilung der **Militärfrage** auf die Ansicht des Generals W. P. v. Krausened, welcher im Jahre 1833 Chef des Generalstabes war, über die Preussische Armee und über die notwendige Dauer der Dienstzeit aufmerksam. Auf das Gutachten K.'s wurde im Jahre 1833 die zweijährige Dienstzeit eingeführt. Die folgende Stelle findet sich in dem Werke, das Leben des Generals W. P. v. Krausened:

„Dem preussischen Staat sei die Aufgabe geworden, mit beschränkten, an materiellen Kräften ihm sehr überlegenen Staaten, auf gleicher Linie der Macht sich zu erhalten, und es habe derselbe im Allgemeinen sie gelöst, durch eine weise Gesetzgebung, eine zusammenhaltende Verwaltung und eine Heerverfassung, die, wenn auch nicht durchweg in ihrer Bezeichnung begriffen, doch allgemein anerkannt worden sei. Im Frieden Alles möglichst vollkommen bereit zu haben, was zur Aufstellung einer großen Militärmacht für den Krieg erforderlich sei, ohne nachtheilig für Gewerbe und Finanzen zu werden, sei der leitende Gedanke bei Organisation der Armee gewesen. Was zur Verwirklichung desselben materiell oder geistig geeignet schien, sei daher berücksichtigt worden, und das Jahr 1830 habe gezeigt, in welcher kurzen Zeit das Heer und sein Zubehör schlagfertig hervorzutreten vermöge. Das Treffliche des preuss. Militärsystems hänge aber unmittelbar mit der Stellung des Heeres zum Staate zusammen, mit der allgemeinen Verpflichtung zum Wehrdienste auf eine bestimmte Zeit, mit der, nicht von andern Klassen der

Staatsbürger absondernen Lage, in welche der Soldat während der Dauer seines Dienstes sich befinde. Von diesem System, das freilich auch zur Auflösung mancher älteren eigenthümlichen Standeseidung in bürgerlichen und bäuerlichen Verhältnissen beitrage, erwarten zu wollen, daß es auch noch die Gewohnheiten, Fertigkeiten und Standesergriffe erzeuge, die man als Tugenden eines alten Soldaten anrühmt, würde beweisen, daß man den Geist, in welchem dasselbe geschloffen und in dem es allein geübt werden könne, nicht eingelehen habe. In Staaten, welche durch besondere Verhältnisse genöthigt seien, beträchtliche Theile des Heers zur Verfolgung bestimmter Staatszwecke fortgesetzt zu verwenden, werde der Soldat, bei einer von der preussischen ganz verschiedenen Ergänzungsweise, nicht nur in den Kreis, in welchem er bis zum Eintritt in das Heer gelebt, gar nicht, oder doch nur mit sehr geschwächten Kräften zurücktreten, sondern auch auf die wichtigste Zeit seines Lebens nur dem Wehrstande angehörig sich betrachten, also auch bloß im einseitigen Sinne desselben denken und fühlen. Von einem Soldaten im jetzigen preussischen Sinne des Worts dürfe man aber einen solchen besonderen Standeseigenthum nicht verlangen. Bei Beantwortung der Frage, auf wie lange die Dienstzeit im stehenden Heere, die ununterbrochene erste Anwesenheit bei der Fahne festzusetzen sei, dürfe also nicht daran gedacht werden, einen Soldaten vorgedachter Art zu schaffen, das würde, selbst durch eine Verlängerung der Dienstzeit auf fünf Jahre, nicht zu erreichen sein. Auch dürfe man auf die Dauer der Dienstzeit im Frieden nicht einen zu hohen Werth legen; die Kriegsgeschichte der letzten vierzig Jahre zeige hinlänglich, daß junge Soldaten nicht selten den gebotenen Erwartungen besser entsprochen hätten, als alte. Ein Mann von gewöhnlich natürlichem Geiste könne in 18 bis 20 Monaten, also in zwei Sommern und einem Winter, zum Infanteristen für alles ausgebildet werden, was er im Kriege und Frieden zu leisten habe. Drei Monate mit Übung der Kräfte desselben benutzt, reichten ihm, ihn zur Einstellung in die Kompanie geschickt zu machen; in den darauf folgenden zwei müßte er nicht mehr exerciren, als nöthig sei, um ihn sicher im Zuge zu machen, zugleich aber wäre er im Schutze mit Sorgfalt zu üben und auch zum gerüsteten Geleite anzuleiten; mit Anlange des sechsten Monats werde er an größeren Übungen im Regiment, ohne Nachtheil für seine bis dahin erlangte Spezialausbildung, Theil nehmen können; der siebente Monat und ein Theil des achten seien zu gründlicherem Unterricht im Felddienste, der übrige Theil des letzteren und die andern drei Wintermonate aber, theils zum Unterricht in geschlossenen Räumen, namentlich im Formellen des Wachtendienstes, theils zu mit Felddienst verbundenen Übungsmärschen zu benutzen. Die Unterweisung müßte mehr Dressur als Unterricht, oder des Refruten Fähigkeit weit unter der mittelmäßigen sein, wenn dieser nach zurückgelegtem ersten Dienstjahre nicht betrieblig für den Kriegsgebrauch fortgeschritten wäre; was derselbe auch in diesem Jahre gelernt habe, würde in der größeren Hälfte des folgenden ihm sicher und geläufig werden. Im Reiter- und im Artilleriedienste dagegen, welcher mehrsacher, dieser insbesondere auch schwieriger als der des Fußvolkes sei, Anfängen eine gewisse Sicherheit zu verschaffen, würden in der Regel drei Jahre nöthig sein. Es konnte übrigens bei der Ausbildung des jungen Kriegsvolks vornehmlich auf den Geist an, in welchem dies geschehe, auf die richtige Beurtheilung und Behandlung der auszubildenden Kräfte, maßvoller mechanischer Unterweisung werde niemals vorzüglicher Ertrag folgen.“